

Liebe Mitglieder und Freunde,

die Berichterstattung zu Israel ist leider in allen Medien sehr einseitig. Ich habe mich deshalb auf einen Kommentar vom 20.08. am 21.08. mit einem Leserbrief an die BNN gewandt. Zunächst erhielt ich keine Rückmeldung und es erschien nach einem Telefongespräch am 08.09. ein anderer Leserbrief, der in dieselbe Richtung wie der Kommentar ging und den Völkermordvorwurf gegen Israel als mehr oder weniger bestätigt behauptete. Auf weitere Intervention wurde mein Leserbrief zur Veröffentlichung frei gegeben. Wir möchten Sie über diese Entwicklung informieren.

Donnerstag, 20. August 2026

MEINUN

BNN

KOMMENTARE

Gaza und „Nie wieder“

Das umstrittene Agieren der Bundesregierung im Nahostkonflikt

Als der Minister für die nationale Sicherheit Israels in einem Podcast dafür plädierte, jede Nacht 30 bis 40 Palästinenser in Gaza zu töten und ihnen die Menschlichkeit absprach, war die Aufregung groß. CDU-Politiker zeigten Abscheu, der Zentralrat der Juden in Deutschland distanzierte sich von dem rechtsextremen Itamar Ben-Gvir, SPD-Chef Klingbeil fordert Sanktionen gegen ihn. Rechnet man hoch, was es bedeuten würde, wenn den Äußerungen des israelischen Faschisten Taten folgen würden, käme man bei 40 Toten pro Tag auf 14.600 getötete Palästinenser in einem Jahr.

Die Rhetorik des rechtsradikalen Ministers hat durchaus Vorbilder. Noch unter dem unmittelbaren Eindruck des Hamas-Massakers erklärte Ghassan Alian, Chef der Militärbehörde Cogat: „Menschliche Tiere müssen auch wie solche behandelt werden. Es wird weder Strom noch Wasser, sondern nur Zerstörung geben. Ihr wolltet die Hölle, ihr bekommt sie.“

Der Generalmajor, übrigens ein Druze, hatte nicht zu viel versprochen. Und nun wird weltweit darüber diskutiert, ob es sich bei dem, was dann Gaza-Krieg genannt wurde, um einen Genozid oder um ethnische Säuberungen, um ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder um ein Kriegsverbrechen handelt. Die meisten Völkerrechtler, auch israelische, eine UN-Kommission, Amnesty International und viele andere sehen den Völkermord als erwiesen an. Am Ende wird der Internationale Gerichtshof darüber entscheiden. Das kann noch Jahre dauern. Und Deutschland? Die Waffenexporte an Israel sind längst wieder aufgenommen worden,



Von André Bochow

und wir hoffen auf den Import des Iron Dome. Der deutsche Innenminister hat dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu die Hand geschüttelt, als er mit ihm einen Cyber- und Sicherheitspakt unterzeichnete. Gegen Benjamin Netanjahu liegt ein Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs vor.

Der deutsche Außenminister zeigte irgendwann Verständnis für das Entsetzen über Israels Gaza-Politik, warnte aber vor antisemitischen Reaktionen. Die Warnung ist völlig berechtigt, aber die meisten der Entsetzten denken an das deutsche Versprechen des „Nie wieder“. Unter dem Eindruck des Holocausts wollte das Volk der Täter nicht mehr zulassen, dass dergleichen jemals wieder geschieht. Sehr berechtigt konzentrierten sich die Anstrengungen auf die Sicherheit Israels. Das Existenzrecht Israels ist aber nicht singulär. Es gibt auch ein Existenzrecht Palästinas. Sollte eines Tages der Internationale Gerichtshof feststellen, dass in Gaza ein Völkermord begangen wurde, wäre Deutschland an ihm mitschuldig.

■ Seite 6

Versäumnisse werden noch Folgen haben

BNN 8.9.26

Zu Israels Siedlungspolitik:

Seit Februar 2026 treibt Israel die rechtswidrige Enteignung von Palästinensern im illegal besetzten Westjordanland verstärkt voran. Ziel der Maßnahme ist es, die Annexion des Gebietes unumkehrbar zu machen. Dies stellt eine neue Eskalationsstufe in Israels Siedlungs- und Enteignungspolitik dar und ist ein weiteres Verbrechen gegen die Menschenrechte der Palästinenser im Westjordanland. Trotz weltweiter Proteste, zahlreicher UN-Resolutionen und Gutachten des Internationalen Gerichtshofes hält Israel an der illegalen Siedlungs- und Besatzungspolitik fest, obwohl diese gegen das Völkerrecht verstößt.

Die Netanjahu-Regierung führt damit nicht nur die Politik vergangener Regierungen fort, sondern verstärkt diese gar

noch – und das im Schatten des Völkermordes im Gazastreifen.

Die Welt ist Zeuge eines Staates, der von einem Premierminister geführt wird, der vom Internationalen Strafgerichtshof wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit „gesucht“ wird und welcher sich offen mit seiner Missachtung des Völkerrechts rühmt. Er lässt weiterhin schamlos illegale Siedlungen ausbauen, zementiert damit sein grausames Apartheidsystem und zerstört Leben und Lebensgrundlagen des palästinensischen Volkes.

Letztlich ist die aktuelle Siedlungspolitik auch das Ergebnis eines katastrophalen Versagens der internationalen Gemeinschaft, entschiedene Maßnahmen dagegen zu ergreifen. Mit scharfer Kritik, wie sie von Kanzler Merz und anderen Staatsoberhäuptern geäußert wird,

ist es nun mal nicht getan. Im Gegenteil: Sie motivieren Israel wohl nur, seine „Narrenfreiheit“ auch weiterhin auszuüben. Und die Bundesrepublik Deutschland? Nicht nur, dass sie sich, wie gehabt, hinter der gern zitierten „Staatsräson“ versteckt, trägt sie noch mit Waffenlieferungen zum gesamten Debakel bei.

Alle Drittstaaten haben es versäumt, ihre eigenen rechtlichen Verpflichtungen einzuhalten. Sie haben sich geweigert, die ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente, wie zum Beispiel die Aussetzung des EU-Israel-Assoziierungsabkommens, zu nutzen, um Israel von der Verfolgung seiner „Verbrechen“ abzuhalten. Ich wage zu behaupten, dass diese Versäumnisse und dieses Verhalten gerade auch für Deutschland noch schwere Folgen haben wird.

Rainer Maurer, Odenheim

Quelle: Badische Neueste Nachrichten, 08.09.2026

BNN – Leserbrief „Gaza und `Nie wieder`“ vom 20. August 2026, S. 2

Im Zweifel gegen den Angeklagten. Alles ist recht, um Israel zu verurteilen.

In den BNN vom 20.08.2026 nimmt André Bochow die unsäglichen verbalen Exzesse des rechtsradikalen israelischen Sicherheitsministers Ben-Gvir im Wahlkampf dankbar zum Anlass für eine Generalabrechnung mit Israel insgesamt und einen Boykottaufruf. Er führt „Amnesty International“, „die meisten Völkerrechtler auch israelische“, „eine UN-Kommission und viele andere“ als Zeugen für die weltweit populäre und in Varianten (Brunnenvergifter, Kindermörder) jahrhundertealte Völkermordverleumdung an. Er scheint nicht zu wissen –oder erwähnt nicht-, dass es auch gewichtige Kritiker und Gegenargumente gibt: Wer warnt die Zivilbevölkerung oder legt eine Waffenpause für Impfungen ein, wenn er die Absicht hat, einen Völkermord zu begehen? Wie unabhängig ist die UNO mit ihren exzessiven und verleumderischen Israel-Verurteilungen? Kann man den umstrittenen Haftbefehl gegen Netanjahu ohne weiteres bereits als Beleg für einen wahrscheinlichen Schuldspruch gegen Netanjahu, Israel und dann auch Deutschland sehen? Wo bleibt die sonst standardmäßige Unschuldsvermutung? Und kann man das Existenzrecht Israels so ohne weiteres von einem Existenzrecht Palästinas abhängig machen, wo doch arabische Führer die Möglichkeit eines eigenen Staates 1948, 1967, 2000 und 2008 abgelehnt oder nicht wahrgenommen haben? Der Hamas jedenfalls geht es –wie dem Iran auch- ganz klar um die Vernichtung Israels (siehe Hamas-Charta). Auf dieser Grundlage einen Boykott Israels (Waffenlieferungen, Regierungskontakte) zu fordern unter Berufung auf ein „Nie wieder“ aus der deutschen Geschichte, erscheint mir sehr stark dem Slogan „Free Palestine from German guilt“. Befreit Palästina von der deutschen Schuld“ zu ähneln und auch etwas populistisch zu sein. Da nützt es auch nichts, wenn beiläufig und pflichtschuldiger und ohne ein Wie „Anstrengungen für die Sicherheit Israels“ als „berechtigt“ erwähnt werden. Da macht man es sich –im sicheren Deutschland- doch zu einfach und braucht sich nicht zu wundern, wenn der Judenhass überall zunimmt, wie Charlotte Knobloch auf Seite 4 derselben Ausgabe der BNN konsterniert feststellt.

Bernd Morlock